

Übersichten

Außenpolitik

*⁽¹⁾

Europa aus chinesischer Sicht

Qiu Yuanlun, Direktor des Instituts für westeuropäische Studien an der Chinesischen Akademie der Gesellschaftswissenschaften, der auch als Regierungsberater tätig ist, ging bei einem Symposium über die Weltlage davon aus, daß die europäische Integration sich trotz zahlreicher Rückschläge weiterentwickelt. 1994 wuchs die europäische Wirtschaft um 2,5%, 1993 war ein Rückstand um 1% zu verzeichnen und für 1995 wird mit einem Anstieg bis zu 3% gerechnet.

Die wirtschaftliche Integration in Europa werde durch fünf Triebkräfte bestimmt, nämlich (1) durch den Imperativ der Konkurrenzfähigkeit gegenüber den USA und Japan, (2) durch die deutsch-französische Achse, (3) durch Strukturverbesserungen, (4) durch weitere Integrationsbestimmungen, (5) durch die derzeitige Konzentration Deutschlands auf Europa.

Es gibt jedoch auch negative Faktoren, die gegen die Integration wirken, nämlich (1) die Veränderungen in den internationalen Beziehungen lassen auch die Verhältnisse zwischen den europäischen Ländern komplizierter werden; (2) es ist schwer, einheitliche Normen und Maßstäbe für die Vereinheitlichung durchzusetzen; (3) Deutschland steht vor einem Dilemma: Setzt es sich zu stark für die europäische Einheit ein, werden ihm Hintergedanken unterstellt, übt es jedoch Zurückhaltung, wird es verdächtigt, nur an sich selbst zu denken und die Interessen der Partner nicht zu berücksichtigen. (4) Auch Unsicherheiten einzelner Regierungen werfen einen Schatten auf den Vereinigungsprozeß. (BRu 1995, Nr.4, S.11 f.) -we-

*⁽²⁾

Tschetschenien

Seit Wochen beschäftigt der Krieg in Tschetschenien die internationale Öffentlichkeit und verursacht tiefe Risse

in der politischen Führung Rußlands. Selbst ein ehemaliger Verbündeter Präsident Jelzins, Jegor Gaidar, meinte, daß der Tschetschenienkrieg alle anderen Fragen in Rußland zur Zeit überschattet.

Was China anbelangt, so hält man sich dort aus jeder Kommentierung heraus. Die einzige Äußerung, die dem Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 12. Januar 1995 zu entlocken war, hieß: "Die Tschetschenienfrage ist eine innere Angelegenheit Rußlands. Wir hoffen, daß diese Frage angemessen gelöst und die Situation möglichst schnell stabilisiert werden kann." (BRu 1995, Nr.4, S.20) -we-

*⁽³⁾

Afrikapolitik

Am 16. Januar brach Außenminister Qian Qichen zu einem Afrikabesuch auf, wobei er diesmal fünf Länder, nämlich Zaire, Kongo, Togo, Benin und Nigeria besuchen will.

Qian folgt mit dieser Serie einem Brauch, dem er seit seinem Antritt als Außenminister i.J. 1988 treu geblieben ist, nämlich jedes Jahr kurz nach Neujahr einmal nach Afrika zu reisen. Auf diese Weise hat er bisher 31 Länder besucht.

Diesem Brauch wolle er auch in Zukunft treu bleiben und auf diese Weise die Beziehungen zwischen China und Afrika aufrechterhalten. Leider sei Afrika in den vergangenen Jahren von der Weltöffentlichkeit weitgehend "marginalisiert" worden. China wolle diesen Trend nicht mitmachen. Außerdem habe man in Beijing das Gefühl, daß Afrika seinen Tiefpunkt erreicht habe und daß ein Anstieg sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Art (Stabilität!) zu verzeichnen sei. "Was Afrika braucht, sind Sympathien und Akte der Unterstützung statt Interventionen." (XNA, 17.1.95) Verfolgt man allerdings die konkreten Ergebnisse der einzelnen Afrikabesuche, so ist dabei wenig Greifbares zu vermelden. Meist erschöpfen sich die Erklärungen in Kooperations- und unverbindlichen Kooperationsfloskeln. Die Entwick-

lungshilfeleistungen Chinas sind meist symbolischer Art, sei es, daß besonders auffällige Gebäude (z.B. Sportstadien, Tagungshäuser etc.) hochgezogen oder daß kleinere Geschenke überreicht werden. In Beijing nennt man dies "Hilfeleistung im Rahmen der chinesischen Hilfsfähigkeiten". (XNA, 16.1.95)

Ein wichtiger Bestandteil von Afrikabesuchen dieser Art sind die Erklärungen der afrikanischen Partner, daß sie "an der bisherigen Ein-China-Politik festhalten" wollten (so z.B. diesmal Togo; XNA, 23.1.95). Taiwan wird also immer noch als Konkurrent empfunden. Auf etwas schmerzhaft Weise muß dies die VRCh inzwischen auch im Zusammenhang mit Südafrika zur Kenntnis nehmen. Dort hat Taipei seine Entwicklungshilfe gerade wieder einmal aufgestockt. Nach der kürzlich erfolgten Gewährung eines zinsgünstigen Darlehens von umgerechnet 24 Mio. DM an die Entwicklungsbank des Südlichen Afrika und weiterer Kredite hat sich Taiwan inzwischen bereiterklärt, 141 Mio. Rd (= 41 Mio. DM) für den Bau eines neuen Berufszentrums zur Verfügung zu stellen, in dem Soldaten, die nach der Integration der Guerillaarmeen in die regulären südafrikanischen Streitkräfte als überzählig demobilisiert werden, in Halbjahreskursen handwerklich ausgebildet werden.

Ferner importierte Taiwan 1993 Waren (vor allem Rohstoffe) im Wert von 4,2 Mrd. Rd aus Südafrika - rd. 5% aller südafrikanischen Exporte. Verglichen damit beliefen sich die taiwanesischen Ausfuhren nach Südafrika lediglich auf 1,9 Mrd. Rd. Immer stärker allerdings gerät Südafrika in den alten Chinasog hinein und muß sich fragen lassen, ob es sich für Taipei oder für Beijing entscheidet. Oder sollte es gar versuchen, auf zwei Hochzeiten tanzen zu wollen?

1994 besuchten neun afrikanische Präsidenten, drei Ministerpräsidenten, acht Außenminister und rd. zwei Dutzend hohe Beamte die VRCh. Umgekehrt reisten der Stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongzi, Außenminister Qian Qichen und andere Politiker in zwanzig Länder Afrikas.

China unterstützt besonders aktiv die Friedensbemühungen der UNO und der Organisation für afrikanische Einheit und hat sich außerdem an Brennpunkten wie Ruanda und Somalia vermittelnd eingeschaltet. -we-

***(4)
Auch Japan klagt über chinesische
Industriepiraterie**

Anfang Januar besuchte der japanische Finanzminister Masayoshi Takemura die VR China, informierte sich dort über die Finanzreformen der Volksrepublik, sprach zu den vier bisherigen Großanleihen Japans an China und drückte überdies seine Hoffnung aus, daß China bald Mitglied der Nachfolgeorganisation des GATT, nämlich der World Trade Organization (WTO), werden könne. Japan hoffe, daß China den Eintritt möglichst bald schaffe, und wolle Beijing im entsprechenden Sinne auch unterstützen. (XNA, 12.1.95)

Längst jedoch klagt Japan über den Diebstahl geistigen Eigentums durch chinesische Piraten. Als erstes Unternehmen ist Sega Enterprise Ltd. mit einer Klage bei der staatlichen National Copyright Administration (NCA) in Beijing durchgekommen. Einer Firma in Shenzhen wurde untersagt, gefälschte Videogame-Computer unter dem Sega-Markenzeichen zu produzieren und zu vertreiben. Auch die Sony Corporation hat seit 1993 miterleben müssen, wie Raubkopien ihrer Micro-Floppydisketten angefertigt wurden. Allein 1994 konnten über 300.000 unter dem angemaßten Namen "Sony" gefertigte Falsifikate hergestellt werden. In der Zwischenzeit sind auch nichtlizenzierte Fernseher, Kopfhörer und tragbare Stereoeräte als "Sony" auf den Markt gebracht worden. In New York wurden inzwischen "Panasonic"-Erzeugnisse aufgestöbert, die ebenfalls aus chinesischer Produktion stammen.

Da es für einzelne Unternehmer schwer ist, den Filz von chinesischen Industriepiraten und lokalen Verwaltungen zu zerschneiden, soll nun Japans Regierung aktiv werden - ein peinlicher Auftrag, auf dessen Durchführung man gespannt sein darf.

Ganz gewiß werden die Japaner nicht in ähnlich harter Weise gegen China vorgehen, wie dies seit einigen Monaten bei den USA der Fall ist, die den Eintritt Chinas in die WTO wegen dessen Raubkopierpraxis nach wie vor verhindern und zwischen denen es mittlerweile zu einem regelrechten Handelskrieg zu kommen scheint. Chinesische Betriebe kopieren mittlerweile Softwareprogramme, Filme und Musik. Raubkopien von neuesten CDs kosten in China nur rd. 3 DM. Schlimmer noch: Der Löwenanteil der chinesischen

Raubkopien wird exportiert. Die USA beziffern ihre jährlichen Verluste durch Raubkopien schon heute auf 1 Mrd. US\$.

Anfang Februar warnte Präsident Clinton, daß chinesische Importwaren im Werte von über 1 Mrd. US\$ künftig mit 100% Einfuhrzoll belegt würden, falls Beijings Regierung nicht energisch gegen das illegale Kopieren amerikanischen geistigen Eigentums vorgehe.

In der Zwischenzeit hat China mit Gegenmaßnahmen und einer ebenfalls 100%igen Zollverhängung auf US-Einfuhren gedroht.

Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen, die ohnehin bereits durch die Menschenrechts-, die Abrüstungs- und die Taiwanfrage belastet sind, könnten künftig also noch stärker strapaziert werden.

Kein Wunder, daß die chinesische Seite neuerdings zu beschwichtigen versucht und auf die vielen positiven Resultate hinweist, die zwischen beiden Seiten erzielt worden seien - und dies sogar i.J. 1994. Im Mai 1994 beispielsweise habe Präsident Clinton die Verlängerung der Meistbegünstigung für China bekanntgegeben und gleichzeitig ab sofort den Meistbegünstigungsstatus von der Menschenrechtsfrage getrennt, womit ein wichtiger Störfaktor in den bilateralen Beziehungen weggefallen sei. Im Oktober 1994 unterzeichneten die Außenminister beider Seiten die "Gemeinsame Erklärung zur Nichtweiterverbreitung von Interkontinentalraketen". Ferner ist 1994 der militärische Austausch zwischen beiden Seiten wieder aufgenommen und die Wirtschafts- und Handelskooperation erweitert worden. Ferner kamen die beiden höchsten Repräsentanten, Clinton und Jiang Zemin, bei den APEC-Treffen in Seattle und Bogor zusammen und einigten sich auf mehrere Kommunikatióes.

Immer wieder heißt es von chinesischer Seite, daß man konstruktiv denken und die beiderseitigen Beziehungen bereits unter dem Aspekt des 21. Jh. betrachten müsse.

So gesehen sei es beispielsweise höchst unvernünftig, China, das 11. größte Handelsland der Welt - mit einer Bevölkerung von noch dazu 1,2 Milliarden Menschen - aus dem GATT sowie der WTO auszuschließen. (XNA, 22.12.94) Zumindest China wolle langfristig denken und seine Reform- und

Öffnungspolitik unabhängig davon fortführen, wann es der WTO beitrete. Es werde ungeachtet des Scheiterns der WTO-Verhandlungen auch sein Bankwesen für ausländische Geldinstitute weiter öffnen. Auch die freie Konvertierbarkeit des Renminbi werde beschleunigt. Spätestens bis zum Jahr 2000 sei die chinesische Währung frei konvertierbar. -we-

Innenpolitik

***(5)
Konflikte zwischen Militäreinheiten
und Zivilverwaltungen auf regionaler
Ebene**

In einigen Provinzen scheinen die Beziehungen zwischen lokalen Verwaltungen und Militäreinheiten durch zunehmende Reibungen geprägt zu sein. In manchen Regionen ist ein erbitterter Wettbewerb um ökonomische Ressourcen im Gange, der von militärischer Seite mit großer Rücksichtslosigkeit geführt wird.

Es ist in letzter Zeit zu Situationen gekommen, in denen Truppeneinheiten Erzlager, die von der lokalen Verwaltung bereits in ihre Wirtschafts- und Haushaltspläne einbezogen waren, kurzerhand besetzten und die Ausbeutung selbst in die Hand nahmen. In mindestens fünf Provinzen haben dort stationierte VBA-Einheiten sich eigenmächtig in den Besitz von Bodenschätzen gebracht, die der Aufsicht der lokalen Zivilverwaltungen unterstehen. In manchen Fällen wurden Partei- und Verwaltungskader, die auf der Rückgabe der Lagerstätten bestanden, mit vorgehaltener Waffe gezwungen sich zurückzuziehen. Nur Weisungen der Zentralen Militärkommission aus Beijing konnten die konfliktgeladene Situation in einigen Gegenden bereinigen und die Truppen zum Abzug bewegen. (Ausführlicher und mit Nachweisen siehe Thema *Die Armee und die Perspektiven der kommunistischen Herrschaft*, Abschnitt III.2.) -hei-

***(6)
Wortgefecht im Politbüro zwischen
den Generalen Yang Baibing und
Zhang Zhen**

Ende November 1994 flammte auf einer erweiterten Politbüro-Sitzung ein seit Jahren schwelender Konflikt in der Mi-